

# Wirtschaft

## Oktober-Revolution

Für die einen ist es ein Abenteuer mit entsprechend großen Risiken. Für die anderen die große Chance, in einem Markt abzuheben, der noch viel Potenzial hat. Am Investment von Telekom Austria in der einzigen verbliebenen Diktatur Europas scheiden sich die Geister.

Thomas Jäkke

Er ist der letzte Diktator Europas: Alexander Lukaschenko, Präsident von Weißrussland. Kein gerne gesehener Gast im Westen. Seine Beamten haben sogar Einreiseverbot in die EU. Und er regiert das Land seit 1994 mit eiserner Hand, getreu dem Motto: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“ Bespitzelung und Zensur gehören nach wie vor zum Alltag. Von Demokratie keine Spur.

Wunderbare Aussichten für Telekom Austria (TA): Das Unternehmen hat im Oktober den weißrussischen Mobilfunkbetreiber MDC gekauft. Im ersten Schritt wird TA umgerechnet 730 Mio. Euro für einen 70-Prozent-Anteil zahlen. Bis 2010 sollen die restlichen 30 Prozent in TA-Eigentum übergehen. Der syrische Staatsbürger Ead Samawi und der österreichische Geschäftsmann Martin Schlaff werden ihre Anteile bis dahin an TA verkaufen. An die 1,9 Mrd. US-Dollar (1,3 Mrd. Euro) wird die TA bis 2010 letztlich für den Kaufpreis hinblättern müssen.

Diktaturen haben westliche Unternehmen sowie Geschäftsmänner vom Zuschnitt eines Martin Schlaff und auch Banker keineswegs abgeschreckt. Raiffeisen International soll im Vorfeld des Deals nicht nur nützlich Lobbying betrieben haben. Das den Geschäften zugrunde liegende Geheimnis: Beziehungen, Diskretion sowie Kontakte zu den Einflussreichen des Landes. Diese befinden sich auf Tuchfühlung mit Lukaschenko, womit sich der Kreis wieder schließt. „Ohne das geht nichts, schon gar nicht, wenn man mit dem weißrussischen Staat Geschäfte machen will“, erklärte ein Österreicher, der seit Jahren in Osteuropa Geschäfte macht, gegenüber *economy*. „Viele Österreicher haben keine Ahnung, was im Osten möglich ist. Wer kennt schon die vier größten Städte der Ukraine, von Weißrussland ganz zu schweigen. Nur eines muss man bedenken: Die Marktgesetze funktionieren dort halt ein wenig anders“, meinte der Banker, der anonym bleiben wollte.

Das multiethnische Weißrussland zählt gerade einmal zehn Mio. Einwohner. Also ein Markt, etwas größer als Österreich. „Keineswegs eine Nummer zu



Der rote Teppich wird in Weißrussland vorzugsweise für den Despoten Alexander Lukaschenko ausgerollt. Er regiert seit 1994 das Land. Beobachter glauben, dass er das Land öffnen will. Oppositionelle sehen eine Verschärfung hinsichtlich Bespitzelungen. Foto: epa

groß“ sei die achte Auslandsbelegung von TA, hieß es. 81,2 Prozent der Bevölkerung des Landes sind Weißrussen, 11,4 Prozent Russen, 3,9 Prozent Polen und 2,4 Prozent Ukrainer. Die restlichen 1,1 Prozent stellen unter anderem Letten, Sinti, Litauer und Slowaken. Amtssprachen sind Weißrussisch und Russisch. Kurioserweise spricht Lukaschenko nur russisch. Der Staatschef ist der weißrussischen Sprache nicht mächtig, die aber über drei Viertel der Weißrussen sprechen.

TA-Chef Boris Nemsic wird nicht müde zu betonen, dass sich Weißrussland „etwa auf dem Stand von Jugoslawien befindet“, wohlgermerkt vor seiner Zergliederung in Einzelrepubliken. Der zweitgrößte Mobilfunkanbieter MDC mit seinen 2,7 Mio. Kunden (Marktanteil: 42 Prozent) hat im Vorjahr einen Umsatz in Höhe von 263 Mio. Euro erzielt. Der Nettogewinn betrug 83 Mio. Euro. Weder hinsichtlich der Gewinne noch der Besetzung des Managements wurden TA Auflagen von den Behörden erteilt. Organisatorisch wird MDC unter das Dach der TA-Tochter Mobilkom genommen. Alle 1300 Mitarbeiter

werden übernommen. „Das sind sehr gute Mitarbeiter. Fünf von sechs Technikern sind Frauen, die alle ausnahmslos über eine hervorragende Ausbildung verfügen“, streut Nemsic Rosen.

### Austrian Showcase

Dass es im Land des Despoten mit der Demokratie nicht weit her ist, das läuft offenbar unter der Rubrik Geschäftsrisiko. Oder anders gesagt: Das Geschäft ist eine Sache, Politik eine andere. Und Nemsic betont immerzu die Vorzüge, die das Investment für die Zukunft bringen werde. Angesichts der Tatsache, dass nur 66 Prozent der Weißrussen Besitzer eines Handys sind, gibt es da noch einigen Spielraum. Der durchschnittliche Umsatz pro Kunde (Average Revenue per User) liegt nach internationalen Berechnungsmaßstäben noch unter 15 Euro und ist im Vergleich zu gesättigten Märkten noch sehr gering. Allerdings beträgt das Durchschnittsgehalt eines Weißrussen gerade einmal rund 170 Euro pro Monat. Dennoch sei Weißrussland weiter entwickelt als manche Region auf dem Balkan, meint Nemsic. Und: „Risiken sind mit

jedem Investment verbunden, wo auch immer man investiert.“ MDC habe noch viel Substanz.

„Aber vielleicht hilft Telekom Austria auch der Demokratie auf die Sprünge“, meinte der Ex-US-Vizepräsident Al Gore mit hochgezogener Augenbraue fast beschwörend an die Adresse von TA anlässlich seiner Stippvisite kürzlich in Wien. International gilt der TA-Deal bereits als „Showcase“. Mehrere Analysten haben nach dessen Ankündigung Anfang Oktober das Kursziel für die TA-Aktie angehoben und somit signalisiert, dass der Deal aus ihrer Sicht neue Chancen bietet.

Die Welthandelsorganisation drängt schon seit Langem darauf, dass das Regime Lukaschenko Land und Märkte öffnet und Unternehmen für internationale Investoren zugänglich macht. Für die Öffnung Weißrusslands gibt es weitere triftige Gründe, die die eigene Zukunft des Landes, vor allem aber auch den Machterhalt des Despoten betreffen. Denn Russland hat 2004 die Preise für Erdgas massiv von 47 auf 100 US-Dollar pro Kubikmeter erhöht. Ab dem Jahr 2011 werden die Weißrussen Weltmarktpreise zahlen

müssen. Soll heißen: Das Wirtschaftswachstum von rund acht Prozent in den vergangenen Jahren droht langsam, aber sicher nachzulassen.

### Angst liegt in der Luft

Dass die Demokratie in Weißrussland seit dem Amtsantritt Lukaschenkos 1994 permanent mit Füßen getreten wird, behaupten etliche Oppositionelle. „Angst liegt in der Luft. Jeder fürchtet, festgenommen zu werden“, erklärte der 33-jährige weißrussische Schriftsteller Alchierd Bacharewitsch gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin *Spiegel*. Die Menschenrechtsorganisation Vajasma berichtet, dass nach den Präsidentschaftswahlen im März 2006 in nur einer Woche 686 Menschen inhaftiert wurden. Im Dezember 2005 wurde ein Gesetz vom Parlament verabschiedet, wonach die Anstiftung zu Demonstrationen oder die Zugehörigkeit zu einer „nicht registrierten Organisation“ mit Haftstrafen bis zu drei Jahren geahndet werden. Hohe Bußgelder und Arrest bis zu 15 Tagen werden gegen renitente Regimekritiker verhängt – als Warnschuss.